DIE FRAKTION.

IM RAT DER STADT HENNEF

Fraktionsvorsitzende: Astrid Stahn
Geschäftsführung: Detlef Krey

Hennef, den 06.11.2021

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Mario Dahm
Rathaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
hiermit stellen wir folgenden Antrag mit der Bitte um Beratung und
Beschlussfassung im Rat und/oder zuständigen Ausschuss:

Antrag:

Wir beantragen die Umstellung von einer Pauschalregelung auf Sitzungsgeld bei der
Bezahlung der Ausschussvorsitzenden. Für den Vergabeausschuss erarbeitet die
Verwaltung eine gesonderte Regelung.

§ 46 (Fn 49) Aufwandsentschädigung

Die Aufwandsentschädigung gemäß Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird als monatliche
Pauschale gezahlt. Der Rat kann in der Hauptsatzung beschließen, dass
1. weitere oder sämtliche Ausschüsse von der Regelung in Absatz, Satz 1, Nummer 2
ausgenommen werden,

**2. die Aufwandsentschädigung abweichend von Satz 1 für einzelne oder
sämtliche Ausschüsse als Sitzungsgeld gezahlt wird.**

Begründung:

Die Diskussion wird in vielen Kommunen schon lange geführt. Es geht um die
Frage, wie viel Geld die Vorsitzenden eines Ausschusses bekommen sollen. Die
Summe ist genau geregelt und hängt von der Größe der jeweiligen Kommune ab. In
Hennef etwa bekommen die Ausschuss-Vorsitzenden 313 Euro im Monat, macht
3756 Euro im Jahr.

Gezahlt wird diese Summe, egal wie oft das Gremium tagt.

3756 Euro für 1 Sitzung, kein schlechter Stundenlohn wenn die Sitzung vielleicht 120
Minuten (AÖR) gedauert hat. Aber auch für 3-4 Sitzungen (wie in Hennef üblich) ist
die Bezahlung reichlich überdimensioniert. In anderen Städten tagen die
Ausschüsse monatlich. Der Vergabeausschuss, der zwar monatlich tagt, aber nur
sehr kurz dauert, sollte hierbei gesondert betrachtet werden.

Der Gesetzgeber geht im Normalfall von einem erhöhten Aufwand für die Ausschussvorsitzenden aus. Er müsse sich umfangreicher auf die Sitzung vorbereiten als die „normalen“ Mitglieder.
Aber dies sollte nicht zu einer „Selbstbedienungsmentalität“ führen.

Wir haben uns ja auf die Fahnen geschrieben, den BürgerInnen gegenüber Entscheidungen unsererseits transparent und nachvollziehbar zu machen. Das sollten wir ernst nehmen. Es geht ja auch nicht darum den erhöhten Aufwand beim Vorsitz nicht extra zu vergüten, sondern nur um eine gerechte Beschränkung für den Mehraufwand. 313 Euro für eine einzige Sitzung sollten da genügen.

„Die Corona-Krise schlägt voll auf den städtischen Haushalt durch. Sie zwingt uns mit sehr großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren schmerzvolle Sparmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger auf und deshalb ist es angebracht, auch bei uns selbst den Gürtel enger zu schnallen“.

Wir sind weiterhin eine Nothaushaltskommune wo Sparen oberste Pflicht ist. Es ist ethisch nicht zu vertreten, dass Kommunalpolitiker Bonusgelder erhalten, während andere ehrenamtliche Hilfe „kaum bis gar nicht“ gefördert wird.

Das Einsparpotential würden wir ab 2023 gerne nach Bonn- Beuler Vorbild in einen Bürgerhaushalt einbringen. Dies fördert die politische Kommunikation mit den Bürgern und sorgt für eine lebenswertere Stadt. Für 2022 liegt unser Schwerpunkt darin, möglichst viele Flüchtlinge / Geduldete in Arbeit zu bringen. Wir beantragen daher, die entsprechenden Stellen in 2022 für diesen Zweck aufzustocken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Astrid Stahn
Fraktionsvorsitzende

gez. Detlef Krey
Geschäftsführer